

Deutscher Bundestag ■ Wissenschaftliche Dienste**Zum Status des Kosovo**

Der Sicherheitsrat der Vereinten Nationen (VN) ist, nachdem der Bericht und der Vorschlag des Sondergesandten Ahtisaari vorliegen, aufgefordert, über den zukünftigen Status des Kosovo zu entscheiden. Auch nach der Erkundungsmission vom April nach Belgrad und Pristina ist offen, ob Russland von seinem Vetorecht Gebrauch machen wird. Frankreich und das Vereinigte Königreich sind als ständige und die Slowakei, Belgien und Italien derzeit als nichtständige Mitglieder im Sicherheitsrat vertreten. Beobachter warnen, dass eine weitere Verzögerung der Entscheidung über die Zukunft der seit 1999 unter Verwaltung der VN stehenden Provinz Anlass zu Unruhen geben könnte. Die Kosovo-Frage gehört zu den außenpolitischen Schwerpunkten der Ratspräsidentschaft, die ihrerseits den Vorschlag des VN-Sondergesandten unterstützt. Auch das Europäische Parlament (EP) hat seine Unterstützung erklärt und betont, die Situation im Kosovo sei nicht vergleichbar mit der in anderen Konfliktregionen. Die geplante EU-Mission wäre die umfangreichste zivile Krisenbewältigungsoperation im Rahmen der Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik (ESVP). Seit April 2006 bereits bereitet ein EU-Planungsteam die Mission vor, die ausgeweitet werden soll um den Bereich Rechtsstaatlichkeit. Auf dem G-8-Gipfel in Heiligendamm konnten die unterschiedlichen Positionen nicht zusammengeführt werden, doch könnten die sich anschließende Reise des amerikanischen Präsidenten nach Prag und Tirana und ein für Juli geplantes Treffen des amerikanischen und russischen Präsidenten neue Dynamik entfalten.

Zur Situation im Kosovo

Das Kosovo, die ärmste Region in Südosteuropa, steht seit nahezu acht Jahren auf der Basis der Resolution 1244/1999 unter Verwaltung der Vereinten Nationen (VN). Von der positiven wirtschaftlichen Entwicklung der Nachbarstaaten hat das Kosovo nicht profitieren können. Für viele junge Kosovaren sind die Zukunftsaussichten angesichts einer Jugendarbeitslosigkeit von etwa 75% schlecht. Mit einer Entscheidung über den Status des Kosovo verbinden sich deshalb große Erwartungen auf eine positive wirtschaftliche Entwicklung. Diese aber ist nach einem Bericht der Kreditanstalt für Wiederaufbau derzeit alles andere als ermutigend. Das Bruttoeinkommen 2005 erreichte mit rund 1227 US-Dollar pro Kopf nicht einmal ein Zehntel des slowenischen Wertes. Knapp 40% der Kosovaren leben unterhalb der Armutsgrenze von 1,42 Euro pro Tag. Das Handelsdefizit ist beträchtlich. Überweisungen aus dem Ausland, die knapp 15% des Bruttoinlandproduktes ausmachen, tragen zur Stabilisierung des Haushalts bei. Das Wohlstandsgefälle in der Region nimmt zu. Wenngleich völkerrechtlich das Kosovo noch zu Serbien gehört, haben sich unter Aufsicht der

United Nations Interim Administration Mission in Kosovo, UNMIK, und auf der Grundlage des Constitutional Framework for Provisional Self-Government im Kosovo Strukturen der Selbstverwaltung und zunächst provisorisch handelnde Institutionen wie die parlamentarische Versammlung, eine Regierung und Gerichte herausgebildet. Nach und nach werden Aufgaben den Provisional Institutions of Self-Government (PISG) übertragen. Die Ausübung unterliegt der Verwaltungshoheit der VN. Seit September 2006 steht UNMIK unter Leitung des deutschen Diplomaten Joachim Rucker. Die internationale Friedenstruppe Kosovo Forces (KFOR) wird seit September 2006 von Bundeswehrgeneral Roland Kather geführt. Etwa 16 000 Soldaten der KFOR sind im Kosovo stationiert.

Die Balkan-Kontaktgruppe, der neben Deutschland Frankreich, das Vereinigte Königreich, Italien, Russland und die USA angehören, hatte bereits 2005 Leitlinien verabschiedet, in denen einer Rückkehr zur Situation von vor März 1999, einer Teilung oder einer Verbindung Kosovos mit einem anderen Staat eine Absage erteilt worden war. Die EU-Kommission hat im November 2006

im Rahmen ihrer regelmäßigen Fortschrittsberichte die politische und wirtschaftliche Situation des Kosovo untersucht.

Die EU installierte im April 2006 das EU-Planungsteam (EUPT-Kosovo) in Pristina mit einer Verbindungsstelle zum Ratssekretariat in Brüssel. Im September 2006 wurde in einer Gemeinsamen Aktion ein Team zur Mitwirkung an den Vorbereitungen für die Einsetzung einer eventuellen internationalen zivilen Mission im Kosovo, einschließlich der Komponente eines Sonderbeauftragten der EU (ICM/EUSR-Vorbereitungsteam), eingerichtet. Es arbeitet mit der internationalen Gemeinschaft, kosovarischen Behörden, UNMIK und EUPT-Kosovo zusammen. Im Dezember 2006 hat der Rat ein Krisenmanagementkonzept für eine künftige ESVP-Mission mit einer Ausweitung der zivilen Mission auf den Bereich Rechtsstaatlichkeit angenommen. Im Jahresbericht 2006 an das EP über grundlegende Optionen der GASP verweist der Rat darauf, dass die angestrebte Mission Exekutivbefugnisse in einigen Bereichen der Polizeiarbeit, einschließlich der Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung bei Menschenansammlungen und Unruhen umfasse. Das Mandat werde von der Regelung der Statusfrage bestimmt. Allgemein, so konstatiert der Rat, bestehe ein Trend zu multidimensionalen Operationen. Die Erweiterung des thematischen und geographischen Spektrums der ESVP-Missionen sei in logistischer, politischer und finanzieller Hinsicht herausfordernd.

Die Statusverhandlungen

Im Oktober 2005 hatte der Sicherheitsrat der VN den Startschuss für Verhandlungen über den künftigen Status des Kosovo gegeben. Grundlage der Verhandlungen war ein Bericht des VN-Sondergesandten Botschafter Kai Eide. Nach 14 Monaten Verhandlungen in Wien, 17 Gesprächsrunden und ca. 26 Vermittlungsreisen wurden die Gespräche ohne Annäherung der unterschiedlichen Positionen beendet. Das Verhandlungspotenzial, so der Sondergesandte der VN Martti Ahtisaari nüchtern, sei damit erschöpft. Beide Seiten hätten sich kaum von ihren Ausgangspositionen lösen können, eine Annäherung sei nicht erreichbar gewesen. Eine Chance, in weiteren Gesprächen eine Lösung zu erzielen, sieht der Sondergesandte nicht. Ahtisaari bezeichnet die Unsicherheit über die Statusfrage als Haupthindernis für eine demokratische Entwicklung, eine Belebung der Wirtschaft und die Aussöhnung der Ethnien. Eine Wiedereingliederung des Kosovo, das in den vergangenen Jahren unter Aufsicht der VN unabhängig von Serbien verwaltet wurde, sei nicht mehr vorstellbar. Die Loslösung des Kosovo von Serbien sei vielmehr unumkehrbar. Ebenfalls nicht vorstellbar sei eine auf Dauer angelegte internationale Verwaltung der Provinz angesichts der sich entwickelnden Strukturen und Behörden und unter Berücksichtigung der legitimen Erwartungen, die in den

vergangenen Jahren genährt wurden. Nur die Unabhängigkeit des Kosovo unter anfänglicher internationaler Aufsicht könne Stabilität, wirtschaftliche Erholung und die Entwicklung eines partnerschaftlichen Verhältnisses zum Nachbarn Serbien bewirken. Die internationale Unterstützung soll sich insbesondere auf die kritischen Bereiche Rechte der Minderheiten, Dezentralisierung, Schutz der serbisch-orthodoxen Kirche und Aufbau rechtsstaatlicher Strukturen konzentrieren. Die für das Kosovo vorgeschlagene Lösung sei nicht auf andere noch ungelöste Konflikte übertragbar. Ahtisaari mahnt in seinem Bericht die Mitglieder des Sicherheitsrates zur Eile. Auch die NATO-Außenminister raten zu einer zeitnahen Entscheidung, da unnötige Verzögerungen die Gefahr von Spannungen vergrößerten.

Die Vorschläge zur Statuslösung

Die Vorschläge für eine Statuslösung gliedern sich in 15 Artikel und ein Dutzend Anlagen. Sie sehen für das Kosovo eine multiethnische, auf Gleichheit der Bürger basierende Gesellschaft vor, demokratisch verfasst und dem Rechtsstaatsprinzip verpflichtet, in der die Menschenrechte und Grundfreiheiten geschützt werden. Das Kosovo soll internationale Abkommen schließen und Mitglied in internationalen Organisationen werden können. Albanisch und Serbisch sollen die offiziellen Sprachen sein, andere (u.a. Türkisch und Bosnisch) dürfen offiziell verwendet werden. Für Minderheiten sind Sitze im Parlament reserviert; die die Minderheiten besonders betreffende Gesetzgebung kann nur aufgrund eines Abstimmungsverfahrens mit doppelter Mehrheit verabschiedet werden. Dezentrale Strukturen sollen absichern, dass Belange der Minderheiten Berücksichtigung finden und dass insbesondere die serbischen Gemeinden das Recht haben, sich selbst zu verwalten. Die Justiz, unabhängig und unparteiisch, soll ebenfalls den multi-ethnischen Charakter des Kosovo spiegeln. Für die Serbisch-Orthodoxe Kirche und das kirchliche Eigentum wird ein umfassender Schutz vorgesehen. Für die Sicherheit im Land sollen kosovarische Polizeikräfte sorgen, die auf der lokalen Ebene die ethnische Zusammensetzung der Gemeinden aufnehmen. Binnen Jahresfrist sollen Sicherheitskräfte gebildet werden (maximal 2.500 aktive sowie 800 Reservekräfte), und innerhalb eines Jahres nach Ende der im Statut vorgesehenen Übergangsfrist sollen sie die Schutztruppe (Kosovo Protection Corps) ablösen. Oberste Autorität für die Umsetzung der Statusbestimmungen wird ein von einer *international steering group* ernannter Sonderbeauftragter der EU sein, der gleichzeitig (mit „Doppelhut“) *International Civilian Representative* ist. Europäische Sicherheitskräfte sollen die Entwicklung überwachen und unterstützen, bestimmte polizeiliche Aufgaben wahrnehmen und die Grenzen sichern. Die militärische Präsenz wird weiterhin durch die KFOR gestellt und auch die Präsenz der OSZE soll die Umsetzung

der Statusregeln sichern helfen. Für eine Übergangsfrist von 120 Tagen ab Inkrafttreten soll die UNMIK ihr Mandat weiter ausüben. In dieser Zeit soll die parlamentarische Versammlung des Kosovo eine Verfassung und die notwendigen rechtlichen Grundlagen für die weitere Umsetzung des Statusvorschlages verabschieden. Innerhalb einer weiteren Frist von 9 Monaten ab Inkrafttreten der Statusregelung sollen dann Neuwahlen zum Parlament stattfinden.

Stellungnahmen

Zahlreiche Kommentatoren sind sich einig, dass es nach den Jahren der Unsicherheit und der Interims-Verwaltung nun an der Zeit ist, eine tragfähige und zukunftsweisende Lösung zu finden und ein Zurückweichen hinter das bislang Erreichte kaum vorstellbar ist. In einer Erklärung der Ratspräsidentschaft vom 26. März 2007 wird der Vorschlag Ahtisaaris als fairer, ausgewogener und zukunftsweisender Kompromiss bezeichnet. Einige EU-Mitgliedstaaten stehen dem Statusvorschlag aber eher kritisch gegenüber und sorgen sich um die Auswirkungen einer Statusentscheidung auf andere Regionen. Ahtisaari verweist darauf, dass die Resolution 1244 des Sicherheitsrates als Grundlage der Entwicklung der vergangenen Jahre und die Tatsache, dass Serbien keine hoheitlichen Befugnisse in der Provinz ausübe, hinreichend dafür seien, dass mit einer Entscheidung über den Status des Kosovo kein völkerrechtlicher Präzedenzfall geschaffen werde.

Die parlamentarische Versammlung des Kosovo, die von den Kosovo-Serben weitgehend boykottiert wird, hat am 26. März 2007 eine Erklärung angenommen, in der die Vorschläge des VN-Sondergesandten als fair und ausgeglichen bewertet werden. Für den Fall, dass der Sicherheitsrat der VN den Vorschlägen zustimme, werde das Parlament sie als rechtlich verbindlich betrachten. Die internationale zivile und militärische Präsenz wird ohne Vorbehalt begrüßt. Während aber einigen Kosovaren, die eine völlige Unabhängigkeit fordern, die Vorschläge nicht weit genug gehen, will Serbien die Provinz nicht entlassen und sieht sich durch eine Abspaltung in seiner territorialen Integrität verletzt. Für Fatmir Sejdiu, den Leiter der kosovarischen Verhandlungsdelegation und Präsident des Kosovo, ist die Unabhängigkeit von Serbien „the alpha and the omega“. Einzelne Teile des Vorschlages, in denen es um die den Minderheiten garantierten Rechte geht, seien notwendige, aber auch „schmerzhafte Kompromisse“. Der Präsident Serbiens, Boris Tadić, dagegen hat grundsätzliche Bedenken gegen den Vorschlag geäußert. Die Souveränität Serbiens über die Provinz werde nicht bekräftigt und das Verhandlungspotenzial sei noch nicht erschöpft.

Joachim Rucker betonte, dass die Führung der Kosovo-Albaner, die Opposition eingeschlossen, die Bevölkerung immer wieder und mit Nach-

druck zu Ruhe und Geduld aufgerufen habe und zum Vertrauen in eine Verhandlungslösung. Auch sei der politische Wille der PISG erkennbar, die notwendigen Reformen umzusetzen. In einigen Fällen aber scheitere die Umsetzung an der Weigerung von Kosovo-Serben, aktiv unterstützt darin von Belgrad, ihre Mitwirkung wahrzunehmen.

Das EP unterstützt den Statusvorschlag. In seiner Entschließung vom März 2007 zur Zukunft des Kosovo und die Rolle der EU sieht es eine durch die internationale Gemeinschaft überwachte Souveränität als am besten geeignet an, Rahmenbedingungen für Stabilität und Schutz der Gemeinschaften im Kosovo zu schaffen. Wichtig sei „eine klare Definition der Rolle und des Mandates der internationalen zivilen Präsenz und der internationalen Sicherheitspräsenz“. Die Lage im Kosovo sei aufgrund der Verwaltung durch die VN seit 1999 nicht vergleichbar mit der Situation in anderen Konfliktregionen. Das EP fordert den Rat auf, sich um einen Gemeinsamen Standpunkt zu bemühen und erinnert daran, dass die im Sicherheitsrat der VN vertretenen Mitgliedstaaten zum einen den Standpunkt unterstützen und zum anderen den Rat der EU regelmäßig unterrichten sollten. Letzteres wird auch für das EP selbst eingefordert. Als Voraussetzung seiner erklärten Bereitschaft, weiterhin Mittel für das Kosovo bereit zu stellen, mahnt das EP darüber hinaus ausreichende Konsultationen im Vorfeld über Umfang, Ziele und die Modalitäten der Missionen an. Zur Präsenz der EU im Kosovo (Verbindungsbüro der Kommission, Agentur für Wiederaufbau und dem Generalsekretariat des Rates unterstellte Stellen) wird dem Rat die Prüfung nahe gelegt, wie die Vertretung vereinfacht und gestrafft werden könnte. Die Führung der serbischen Gemeinschaft im Kosovo schließlich wird aufgefordert anzuerkennen, „dass ihre Interessen in einem demokratischen, dezentralisierten und wirtschaftlich lebensfähigen Kosovo besser vertreten werden (...)“.

Erweiterungskommissar Olli Rehn beziffert den Finanzbedarf für die kommenden 3 Jahre – soweit derzeit absehbar – auf 1.3 bis 1.5 Mrd. €. Darin enthalten seien die Kosten der ESVP-Mission, der Anteil des Kosovo an den Schulden Jugoslawiens, die Kosten der Umsetzung der Statuslösung und Unterstützung für den wirtschaftlichen Aufbau. Torbjorn Sohlstrom, Leiter des ICM/EUSR-Vorbereitungsteams, kündigte die Einberufung einer Geberkonferenz nach Regelung der Statusfrage an.

Die EU-Außenminister hatten bei ihrem Gymnich-Treffen in Bremen Ende März 2007 betont, eine endgültige Festlegung des Status des Kosovo sei ein Beitrag zur Stabilität der gesamten Region. Für die Akzeptanz der Lösung bei den Parteien sei die Geschlossenheit der

internationalen Gemeinschaft unerlässlich und die EU in besonderer Weise gefordert. Anlässlich der Beratungen der G-8 konnten sich die Teilnehmer auch nach intensiven Diskussionen nicht auf eine einheitliche Position verständigen. In der Erklärung der Präsidentschaft heißt es: „Es bestehen nach wie vor unterschiedliche Auffassungen zur Substanz des Vorschlags und dem weiteren Vorgehen, und wir werden uns weiter mit dieser Frage befassen.“ Der französische Präsident hatte zuvor eine Beratungspause von einem halben Jahr angeregt, konnte aber für diesen Vorschlag keine Unterstützung finden. Nach dem G-8-Gipfel besuchte der amerikanische Präsident Bush Prag und Tirana, wo er begeistert empfangen wurde. Bush wird zitiert mit der Aussage: „At some point in time, sooner rather than later, you’ve got to say enough is enough, Kosovo is independent.“ Der serbische Premierminister Vojislav Koštunica erklärte, Serbien sei darüber „zu Recht empört“ („justifiably disgusted“).

Nach der schwierigen Regierungsbildung in Serbien und einer positiven Bewertung der Zusammenarbeit Serbiens mit dem Internationalen Strafgerichtshof für das ehemalige Jugoslawien in Den Haag seitens der Chefanklägerin Carla des Ponte zeichnete sich im Mai ab, dass die Assoziierungsverhandlungen zwischen Serbien und der EU, die wegen mangelnder Bereitschaft zur Zusammenarbeit mit dem Gerichtshof ausgesetzt worden waren, wieder aufgenommen werden könnten. Einige Tage vor dem Besuch der Chefanklägerin in Serbien war der als Kriegsverbrecher angeklagte General Zdravko Tolimir festgenommen und nach Den Haag überstellt worden.

Die amtierende Ratspräsidentin hat die Wiederaufnahme der Verhandlungen mit Serbien begrüßt und nach einem Gespräch mit Boris Tadić erklärt: „Wir möchten, dass Serbien ein Stabilitätsanker in der Westbalkan-Region ist“. Die kommende Verhandlungsrunde steht bereits für Mitte Juni an.

Einerseits wird vermutet, die EU könnte mit diesen positiven Entscheidungen die Hoffnung verbinden, den Widerstand Belgrads gegen die Statuslösung für das Kosovo einzudämmen. Russland hatte wiederholt erklärt, keiner für Serbien inakzeptablen Lösung zustimmen zu wollen. Andererseits, so wird vermutet, könnten die serbischen Signale zu mehr Kooperation auch Belgrads Spielräume erweitern. Die Fahndungsliste jedenfalls ist mit der Festnahme General Tolimirs noch nicht abgearbeitet.

Die Erwartungen an eine zeitnahe Entscheidung über die sensible Statusfrage sind groß und die Warnungen vor erneuten Unruhen, sollte es nicht zu einer Lösung kommen, ernst zu nehmen. Die Statusentscheidung als eine auf den besonderen Einzelfall des Kosovo bezogene Lösung sui generis dürfte nicht nur für die Vetomacht Russland von besonderer Bedeutung sein. Käme es nicht zu einer Einigung, bliebe es völkerrechtlich zunächst beim Status quo, die politische Krise könnte sich jedoch verschärfen.

Käme es im Falle des Scheiterns einer Verständigung im Sicherheitsrat zu einer einseitigen Unabhängigkeitserklärung, stellte sich die Frage nach der Anerkennung derselben durch die Staatengemeinschaft. Andeutungen, die US-Regierung und andere seien bereit, die Unabhängigkeit anzuerkennen, könnten die EU-Mitgliedstaaten, die eine Lösung auf der Ebene der VN anstreben, vor schwierige Entscheidungen stellen.

Die EU wird noch auf lange Sicht das Kosovo unterstützen, materiell und durch Übernahme von Verantwortung für den Erhalt von Sicherheit und Ordnung sowie bei der Umsetzung der Statuslösung. Ein erfolgreiches militärisches und ziviles Krisenmanagement auf der Grundlage einer tragfähigen Statuslösung für das Kosovo könnte dann auch als Testfall der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik auf der Basis der gegenwärtigen Strukturen gesehen werden.

Quellen und Literatur:

- Assembly of Kosovo, Declaration signed by President Kolë Berisha April, 5th, 2007.
- Martti Ahtisaari, Report of the Special Envoy of the Secretary-General on Kosovo’s future status, in: Assembly Support Initiative Newsletter, May 2007, No. 27, S. 3 ff.
- Horst Bacia, Warten auf Russland, Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 11. April 2007.
- Agim Çeku, The coming of Kosovo, in: Assembly Support Initiative Newsletter, May 2007, No. 279; s. 9.
- Commission of the European Communities, Commission staff working document, Kosovo (under UNSCR 1244) 2006 Progress Report, COM(2006)649 final. 08.11.2006.
- G8 Summit 2007, Zusammenfassung des Vorsitzes, Heiligendamm, 08.06.2007, <http://www.g-8.de/Webs/G8/DE/G8Gipfel/GipfelDokumente/gipfel-dokumente.html> (Stand: 11.06.2007).
- Warren Hoge, Russia Objects to U.N. Plan of Kosovo as „One-Sided“, The New York Times vom 20. März 2007.
- I/A-Punkt-Vermerk des Generalsekretariats des Rates für den AStV/Rat, Jahresbericht des Rates an das Europäische Parlament über die Hauptaspekte und grundlegenden Optionen der GASP – 2006, Rats-Dok. 6992/1/07 vom 30. April 2007.
- Kopp, Klesse, Völkerrechtlicher Status des Kosovo, Wissenschaftliche Dienste des Deutschen Bundestages, der Aktuelle Begriff, 33/05.
- Kosovar Institute for policy Research and Development, Analysis of the comprehensive package for the status of Kosovo, February 2007, www.kipred.net (Stand: 19.04.2007).

- Michael Libal, Zur Unabhängigkeit gibt es keine Alternative, Die Welt vom 14.04.2007.
- Neil MacDonald, Norbert Rutsche, Del Ponte lobt Serbiens Kooperation, Financial Times Deutschland, 6. Juni 2007.
- Joseph Marko, Arben Hajrullahu, Die Perzeption der Kosova-Frage im Hinblick auf die EU-Integration, Januar 2006, <http://www.uni-graz.at/suedosteuropa/media/NODE/Hajrullahu.pdf> (Stand: 19.04.2007).
- Michael Martens, Groteskes Finale, Die Erkundungsreise des UN-Sicherheitsrates ins Kosovo, Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 30. April 2007.
- Michael Martens, Jubel für den Schutzherrn, Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 11. Juni 2007.
- Thierry de Montbrial, L'enjeu de l'indépendance du Kosovo, Le Monde vom 07. April 2007.
- George Parker, Fidelius Schmid, Brüssel will wieder mit Serbien reden, Financial Times Deutschland, 30.5.2007.
- Olli Rehn, The EU will play a leading role in Kosovo, in: Assembly Support Initiative Newsletter, May 2007, No. 27, S. 26.
- Dusan Reljic, Im Kosovo-Konflikt zeigt sich Moskaus Weltmachtsanspruch, Frankfurter Rundschau vom 14. März 2007.
- Reuters, The New York Times, Bush says Kosovo to be independent, delights Albania, vom 11. Juni 2007.
- Reuters, The New York Times, Serbs "disgusted" by Bush Kosovo Pledge: Premier, vom 11. Juni 2007.
- Joachim Rücker, Kosovo deserves clarity about its future, Assembly Support Initiative Newsletter, May 2007, No. 27, S. 10.
- Fatmir Sejdiu, Kosovo Independence is the alpha and the omega, in: Assembly Support Initiative Newsletter, May 2007, No. 27, S. 6.
- Torbjorn Sohlstrom, Kosovo needs international engagement, in: Assembly Support Initiative Newsletter, May 2007, No. 27, S. 27.
- Anmerkung: der Deutsche Bundestag ist gemeinsam mit der französischen Assemblée nationale, der Chambre des Représentants de Belgique und dem slowenischen Državni Sbor aktiv an dem Projekt „Further support for the Assembly of Kosovo“ beteiligt.)
- Boris Tadić, The possibilities for additional talks have not been exhausted, in: Assembly Support Initiative Newsletter, May 2007, No. 27, S. 8.
- Dominik Tolksdorf, Implementing die Ahtisaari Proposal: The European Union's future role in Kosovo, CAP, Policy Analysis Nr. 1, Mai 2007.
- Dominik Tolksdorf, Wiederaufnahme der Verhandlungen mit Belgrad, wie kooperationsbereit ist die serbische Regierung gegenüber der EU tatsächlich ?, CAP Positionen vom 06.06.2007, <http://www.cap-lmu.de/aktuell/positionen/2007/serbien.php> (Stand: 11.06.2007).
- United Nations Security Council, Letter dated 26 March 2007 from the Secretary-General addressed to the President of the Security Council, Comprehensive Proposal for the Kosovo Status Settlement, S/2007/168/Add. 1.
- Christian Wernicke, Kosovo entzweit Verbündete, CSU-Abgeordneter warnt in Washington vor Anerkennung, Süddeutsche Zeitung vom 21. April 2007.

Heike Baddenhausen, Fachbereich WD 11 – Europa, Tel.: (030) 227-33614,
E-mail: vorzimmer.wd11@bundestag.de